

Die Kontroverse darüber, ob Fiskalpolitik ein wirtschaftspolitisches Mittel darstellt, die Höhe der Beschäftigung positiv zu beeinflussen, ist durch die Crowding-out-Debatte bereichert worden. In dieser Crowding-out-Diskussion muß zwischen realem Crowding-out und finanziellen Crowding-Effekten unterschieden werden. Nach der Debatte über Transaktionskassenverdrängungseffekte und den Portfolio Crowding-Effekten - es ist auch ein Crowding-in möglich - ist die Bedeutung der Budgetrestriktion in den Vordergrund gerückt. Der Fiskalmultiplikator muß demnach langfristig positiv sein, ansonsten wäre das Modell einer einfachen Volkswirtschaft nicht stabil. Aus der Stabilität des beobachteten wirtschaftlichen Geschehens wird (mit Hilfe des Korrespondenzprinzips) auf den Multiplikator geschlossen. In diesem Aufsatz soll die Bedeutung der Stabilitätsbedingung diskutiert werden. Dabei sind auch die Kausalität und der Anpassungsprozeß zu überprüfen. Es wird festgestellt, daß die beobachtete Stabilität wirtschaftlichen Geschehens nicht zwangsläufig zu einem positiven Fiskalmultiplikator führt (wie in der Blinder/Solow-Theorie). Relevanter als ein finanzielles Crowding-out ist eine Untersuchung des realen Crowding-out. In einem Realmodell spielt die Budgetrestriktion des Staates keine Rolle mehr. Als wichtiger Faktor entpuppt sich der Investitionsmultiplikator der Staatsausgabenerhöhung. Ist dieser positiv, dann kommt es zu Preiserhöhungen, die dann ein reales Wachstum garantieren. Höhere Staatsausgaben bei gleichzeitiger Bekämpfung der Inflation wirken hemmend auf die Höhe der Beschäftigung und können sogar zu einer Abnahme des Realeinkommens und damit zu erhöhter Arbeitslosigkeit führen.